

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Reg. Amtshauptmannschaft, der Reg. Schulinspektion und des Reg. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Reg. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Herausgeber Nr. 22.

Vierundsechzigster Jahrgang.

Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: Belletristische Beilage; jeden Freitag: Der sächsische Landwirt; jeden Sonntag: Illustriertes Sonntagsblatt.

Abrechnet jeden Werktag Abends für den folgenden Tag.
Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierthalbjährlich 1.-4.-50,-, bei Bezahlung im Voraus 1.-4.-70,-, bei allen Postanstalten 1.-4.-50,- zuzüglich Beauftragung.
Einzelne Nummern kosten 10,-.

Gestellungen werden angenommen:
für Bischofswerda und Umgegend bei unserer Zeitungs-
stube, sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso
auch bei allen Postanstalten.
Rücknahme der Zeitungskiste 6087.
Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Zinserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung
finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und
komplizierte Anzeigen tags vorher. Die viergepaßte Kor-
puszeit 12,-, die Metamagazin 30,-. Wichtigster Inter-
essatenbetrag 40,-. Für Rücksendung unverlangt einge-
sandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Die Bedingungen, welche die mit ihnen im Jahre 1905 abgeschlossenen Verträge über die Stein- und Sandansuhre, sowie Sandansicherung auf die Staatsstraßen des Straßen- und Wasser-Bauamtsbezirks Bautzen zu kündigen beabsichtigen, werden hierdurch aufgefordert, soweit es noch nicht geschehen ist, dies bis Dienstag, den 5. Juli d. J. zu bewirken. Später erfolgende Kündigungen können nicht berücksichtigt werden.

Röntgliche Straßen- und Wasser-Bauamt Bautzen, am 29. Juni 1910.

Montag, den 4. Juli 1910, vormittags 9 Uhr sollen in Niedervalkau folgende Gegenstände als: 1 Landauer m. Zubehör gegen Vorzahlung versteigert werden. Sammelort: Heber's Restauration daselbst.
Bischofswerda, am 30. Juni 1910.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

Das Neueste vom Tage.

Der Ullstein-Bruch wird voransichtlich vertragt werden müssen, da die Angeklagte fortgesetzt unter schweren Anfällen leidet. (Siehe Seite Drei.)

Das österreichische Minenwehrdienstlager ist nach der Bombung explodiert. Ein Oberleutnant und 15 Personen erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. (Siehe Rundschiffahrt.)

Christine Hebbel, die Witwe des berühmten Dichters, ist in Wien im Alter von 93 Jahren gestorben.

In Ensebe, dem Sitz der niederländischen Baumwollindustrie werden ab 1. Juli 8000 Arbeiter ausgesperrt. (Siehe Holland.)

Der Vorschlag des französischen Budgets für 1911 sieht 4270 Millionen Francs für die Ausgaben vor.

In Petersburg sind zwei Fälle von Cholera festgestellt worden.

Die Annahme der Schiffahrtsabgaben im Bundesrat.

Wie wir bereits in einem Teil unserer gestrigen Staatsausgabe noch melden konnten, wurde in der gestrigen Sitzung des Bundesrates dem Entwurf eines Gesetzes über den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffahrtsabgaben in der von den Ausschüssen beschlossenen Fassung die Zustimmung erteilt. Das nächste Wort hat nun der Reichstag zu sprechen, sobald er im Herbst wieder zusammentritt. Erst nachdem der Reichstag diesen Entwurf in seiner jetzigen oder in einer anderen Form angenommen haben wird, die auch die Genehmigung des Bundesrates erhält, kann die Reichsregierung an das beteiligte Ausland herantreten, um seinen Widerstand gegen die Erhebung von Schiffahrtsabgaben zu beseitigen. Bis es soweit ist, wird hoffentlich noch recht viel Wasser die Elbe hinabfließen.

Wir haben bis zuletzt auf Seiten der Gegner der Schiffahrtsabgaben gestanden, schreibt das „A. T.“ und verhehlen auch heute nicht unsere ernstesten Bedenken gegen die Sanktionierung dieses Entwurfs, da unserm Sachen daraus zweifellos mehr Nachteile als Vorteile erwachsen. Der Sieg Preußens ist formell unanfechtbar, aber es fragt sich, ob der ideelle Faktor im

Staatsleben dabei nicht Einbuße erlitten hat. Wir wollen jedenfalls wünschen, daß der Reichsfreudigkeit nicht weitere derartige Belastungsproben zugemutet werden. Das lezte Wort hat nun das Ausland, haben Holland und Österreich-Ungarn zu sprechen. Ihre Zustimmung zu dem Entwurfe ist notwendig, wenn er Gesetzestatut erlangen soll. Lieber den Stand der Verhandlungen liegen keine authentischen Nachrichten vor und wir verzichten jedenfalls aus nationalen Gründen darauf, die Hilfe des Auslandes in dieser Angelegenheit etwa anzurufen, aber wir würden es nicht als Unglück betrachten, wenn die Vorlage doch noch am Widerstande der Donaumonarchie scheiterte.

Zum Ministerwechsel.



Oberbürgermeister Dr. Denke, Magdeburg,
der neue preußische Finanzminister.

Der neue preußische Finanzminister, Dr. August Denk, war bisher und zwar seit dem 1. August 1906, Oberbürgermeister von Magdeburg. Der Minister stammt aus Hamm in Westfalen. Im Jahre 1885 erhielt er als Bürgermeister von Mühlhausen in Thüringen zum ersten Male Gelegenheit, sich als Kommunalpolitiker zu bewähren; 1899 kam er als Oberbürgermeister nach Bremen. Dort und in Magdeburg erwarb er sich durch seine geschickte Verwaltung große Verdienste und gewann das besondere Vertrauen der Bevölkerung. Auch im Herrenhause, dem er als Bürgermeister von Mühlhausen und dann wieder seit dem Dezember 1906 angehörte, trat er oft hervor. Bei der letzten Finanzdebatte verteidigte er Herrn von Rheinbaben gegen die Angriffe des Herrn von Gwinner, vertrat aber in der Beurteilung der Rentenkonversion einen anderen Standpunkt als der Finanzminister.



Alfred von Kiderlen-Wächter,
bisher Gesandter in Bukarest,
der neue Staatssekretär des Auswärtigen.

Der neue Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Alfred von Kiderlen-Wächter ist ein Schwabe. Er wurde am 10. Juli 1852 in Stuttgart geboren. Als junger Einjährig-Freiwilliger zog er gegen Frankreich; dann vollendete er seine juristischen Studien und trat (1879) in das Auswärtige Amt ein. Bald darauf wurde er vom Kladderadatsch als angeblicher Gegner Bismarcks angegriffen und socht ein aufsehenregendes, politisches Duell aus. Seine diplomatische Karriere führte ihn dann nach Petersburg, Paris und Konstantinopel. 1888 begleitete er den Kaiser auf seinen Reisen nach Petersburg, Stockholm und Kopenhagen und wurde dann als Vortragender Rat ins Auswärtige Amt berufen. 1894 ging er dann als Gesandter nach Hamburg, 1895 wurde er nach Kopenhagen und 1900 nach Bukarest versetzt. Dort belohnte im Jahre 1904 die Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat seine Verdienste. Er muhte seine Tätigkeit in Bukarest mehrmals unterbrechen, um den Botschafter in Konstantinopel zu vertreten. Im November 1908 kam er auch nach Berlin, um in Vertretung des erkrankten Staatssekretärs von Schoen die Leitung des Auswärtigen Amtes vorübergehend zu übernehmen. Daß er dazu aussersehen war, sie auch dauernd zu erhalten, war seit längerer Zeit ein offenes Geheimnis.